

A8 Distanzierung von Jens Spahn

Antragsteller*in: DV München und Fresing
Tagesordnungspunkt: TOP06 Anträge

Antragstext

Die Katholische junge Gemeinde (KjG) distanziert sich ausdrücklich und öffentlich von Jens Spahn. Anlass hierfür sind unter anderem seine jüngsten Aussagen, in denen er eine Zusammenarbeit mit der AfD als „klassische Oppositionspartei“ ins Spiel bringt. Auch wenn er diese Äußerung inzwischen relativiert hat, ändert dies nichts an der ursprünglichen Signalwirkung seiner Aussage. Vor dem Hintergrund der offiziellen Einstufung der AfD als gesichert rechtsextreme Partei durch das Bundesamt für Verfassungsschutz ist eine solche Position mit den Grundwerten unseres Verbandes unvereinbar.

Als Kinder- und Jugendverband setzt sich die KjG für demokratische und soziale Werte ein. Die Äußerungen von Jens Spahn stehen diesen Grundprinzipien in eklatanter Weise entgegen. Eine suggerierte Nähe zu seiner Person gefährdet die Glaubwürdigkeit, die Integrität und das werteorientierte Profil des Verbandes.

Für die KjG ist diese Entwicklung besonders relevant, weil Jens Spahn in seiner Biografie wiederholt auf seine aktive Zeit in der KjG verweist und deren Einfluss auf seinen politischen Werdegang betont (vgl. u.a. <https://rp-online.de/thema/jens-spahn/>, <https://www.theeuropean.de/politik/interview-mit-jens-spahn>, <https://www.domradio.de/artikel/gott-wird-sich-etwas-dabei-gedacht-haben-jens-spahn-ueber-katholizismus-und-politik>). Durch diese wiederholten Bezüge entsteht in der öffentlichen Wahrnehmung eine Verbindung zwischen seinem politischen Handeln und den Inhalten sowie Werten der KjG. Dadurch kann der Anschein entstehen, dass seine Aussagen durch die KjG legitimiert sind.

Gerade als Verband, der sich für junge Menschen einsetzt, die in einer vielfältigen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft aufwachsen sollen, ist es unsere Verantwortung, uns klar abzugrenzen – nicht nur inhaltlich mit allgemeinen Stellungnahmen, sondern auch personell. Die Distanzierung ist daher notwendig, um Schaden vom Verband abzuwenden, eine glaubwürdige Haltung zu bewahren und die Werte, für die wir stehen, sichtbar zu verteidigen.

Daher beantragen wir folgende Maßnahmen:

- Eine öffentliche Aufforderung an Jens Spahn sich auf die Werte der KjG zurück zu besinnen und seine Politik und seine Äußerungen entsprechend anzupassen, sollte dies nicht geschehen:
- Eine klare und unmissverständliche öffentliche Distanzierung der KjG von Jens Spahn.
- Die Veröffentlichung einer entsprechenden Stellungnahme über alle verbandseigenen Kommunikationskanäle (Website, Social Media, Pressemitteilung) sowie die Weiterleitung per E-Mail an den Wahlkreis und das Bundestagsbüro von Jens Spahn.
- Die Prüfung eines formalen Ausschlussverfahrens, sollte Jens Spahn Mitglied der KjG sein oder in verbandlicher Nähe stehen.

Begründung

Jens Spahn ist seit längerer Zeit eine in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierte Person. Spätestens seit seinen Äußerungen, man solle „mit der AfD als Oppositionspartei so umgehen [...] wie mit jeder anderen Oppositionspartei auch“, stellt er sich inhaltlich in die Nähe einer Partei, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als *gesichert rechtsextrem* eingestuft wurde. Eine solche Positionierung ist für die KjG – als demokratisch und wertorientierter Kinder- und Jugendverband – in keiner Weise tragbar.

Für uns als KjG ist diese Entwicklung besonders relevant, weil Jens Spahn in seiner Biografie wiederholt auf seine aktive Zeit in der KjG verweist und deren Einfluss auf seinen politischen Werdegang betont (vgl. u. a. <https://rp-online.de/thema/jens-spahn/>, <https://www.theeuropean.de/politik/interview-mit-jens-spahn>, <https://www.domradio.de/artikel/gott-wird-sich-etwas-dabei-gedacht-haben-jens-spahn-ueber-katholizismus-und-politik>). Durch diese wiederholten Bezüge entsteht in der öffentlichen Wahrnehmung eine Verbindung zwischen seinem politischen Handeln und den Inhalten sowie Werten der KjG.

Diese Verbindung wirft ein verzerrtes Licht auf unseren Verband, da sie eine Legitimierung seiner Aussagen durch unseren Verband suggerieren kann. Gerade als Verband, der sich für junge Menschen einsetzt, die in einer vielfältigen, solidarischen und demokratischen Gesellschaft aufwachsen sollen, ist es unsere Verantwortung, uns klar abzugrenzen – nicht nur inhaltlich, sondern auch personell. Die Distanzierung ist daher notwendig, um Schaden vom Verband abzuwenden, eine glaubwürdige Haltung zu bewahren und die Werte, für die wir stehen, sichtbar zu verteidigen. Deshalb soll ein Ausschluss – insofern er noch Mitglied ist geprüft werden.